

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 174



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

53. Jahrgang

1. Juli 2010

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
IV <i>Informationen</i>		
INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION		
Europäische Kommission		
2010/C 174/01	Euro-Wechselkurs	1
INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN		
2010/C 174/02	Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 16 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft — Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr auf den Strecken Elba Marina di Campo-Florenz und umgekehrt sowie Elba Marina di Campo-Pisa und umgekehrt ⁽¹⁾	2
2010/C 174/03	Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft — Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten gemäß den im ABl. C 174 vom 1.7.2010, S. 2 veröffentlichten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ⁽¹⁾	2

DE

Preis:
3 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-Überwachungsbehörde

2010/C 174/04	Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich angeblicher staatlicher Beihilfen für Firmen, die zur Norsk-Filmgruppe gehören	3
2010/C 174/05	Keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 EWR-Abkommen	13
2010/C 174/06	Bekanntmachung der EFTA-Überwachungsbehörde über bei Beihilfe-Rückforderungen angewandte Zinssätze sowie Referenz- und Abzinsungssätze für drei EFTA-Staaten ab 1. Januar 2010 (<i>Veröffentlicht in Übereinstimmung mit Artikel 10 des Beschlusses Nr. 195/04/KOL der Überwachungsbehörde vom 14. Juli 2004 (ABl. L 139 vom 25.5.2006, S. 37 und EWR-Beilage Nr. 26/2006 vom 25.5.2006, S. 1)</i>)	14

V *Bekanntmachungen*

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2010/C 174/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5848 — Delta/Eneco/PVNED) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	15
2010/C 174/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5830 — Olympic/Aegean Airlines) ⁽¹⁾	16



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

30. Juni 2010

(2010/C 174/01)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,2271	AUD	Australischer Dollar	1,4403
JPY	Japanischer Yen	108,79	CAD	Kanadischer Dollar	1,2890
DKK	Dänische Krone	7,4488	HKD	Hongkong-Dollar	9,5549
GBP	Pfund Sterling	0,81745	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7761
SEK	Schwedische Krone	9,5259	SGD	Singapur-Dollar	1,7160
CHF	Schweizer Franken	1,3283	KRW	Südkoreanischer Won	1 499,59
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	9,3808
NOK	Norwegische Krone	7,9725	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	8,3215
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,1980
CZK	Tschechische Krone	25,691	IDR	Indonesische Rupiah	11 121,85
EEK	Estnische Krone	15,6466	MYR	Malaysischer Ringgit	3,9730
HUF	Ungarischer Forint	286,00	PHP	Philippinischer Peso	56,873
LTL	Litauischer Litas	3,4528	RUB	Russischer Rubel	38,2820
LVL	Lettischer Lat	0,7093	THB	Thailändischer Baht	39,767
PLN	Polnischer Zloty	4,1470	BRL	Brasilianischer Real	2,2082
RON	Rumänischer Leu	4,3700	MXN	Mexikanischer Peso	15,7363
TRY	Türkische Lira	1,9400	INR	Indische Rupie	56,9930

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 16 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft

Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr auf den Strecken Elba Marina di Campo-Florenz und umgekehrt sowie Elba Marina di Campo-Pisa und umgekehrt

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 174/02)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Elba Marina di Campo-Florenz und umgekehrt; Elba Marina di Campo-Pisa und umgekehrt
Datum des Inkrafttretens der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	180 Tage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung im ABl. der EU
Anschrift, bei der Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unentgeltlich angefordert werden können	E.N.A.C. Ente nazionale per l'aviazione civile Direzione centrale sviluppo economico Direzione sviluppo trasporto aereo Viale del Castro Pretorio 118 00185 Roma RM ITALIA http://www.enac.gov.it E-mail: osp@enac.gov.it

Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft

Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten gemäß den im ABl. C 174 vom 1.7.2010, S. 2 veröffentlichten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 174/03)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecken	Elba Marina di Campo-Florenz und umgekehrt; Elba Marina di Campo-Pisa und umgekehrt
Laufzeit des Vertrags	1 Jahr (ab dem Datum des Inkrafttretens der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen)
Frist für die Angebotsabgabe	2 Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unentgeltlich angefordert werden können	ENAC — Ente nazionale per l'aviazione civile Direzione centrale sviluppo economico Direzione sviluppo trasporto aereo Viale del Castro Pretorio 118 00185 Roma RM ITALIA http://www.enac.gov.it E-Mail: osp@enac.gov.it

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich angeblicher staatlicher Beihilfen für Firmen, die zur Norsk-Filmgruppe gehören

(2010/C 174/04)

Mit Beschluss Nr. 491/09/KOL vom 2. Dezember 2009, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie von dem Beschluss unterrichtet.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Stellungnahmen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard 35
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die Stellungnahmen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Verfahren

Mit Schreiben vom 23. März 2006 legten neun norwegische Filmunternehmen bei der EFTA-Überwachungsbehörde (nachstehend als „die Behörde“ bezeichnet) Beschwerde gegen die angebliche Zahlung von Zuschüssen an die Norsk FilmStudio AS ein.

Mehrere an die norwegischen Behörden gerichtete Auskunftersuchen wurden beantwortet.

Bewertung der Maßnahme

Der Beschluss Nr. 491/09/KOL betrifft drei verschiedene Maßnahmen:

Die Zahlung jährlicher Zuschüsse

Die von der Behörde aufgrund der Beschwerde eingeleitete Überprüfung ergab, dass von den norwegischen Behörden tatsächlich seit den 1970er-Jahren Zuschüsse an die Norsk FilmStudio AS/Filmparken AS gezahlt wurden. In den Haushalten 1971 und 1972 wird auf eine „bestehende Beihilferegulierung“ verwiesen. Die Zuschüsse wurden vom Ministerium für Kultur und Kirchenangelegenheiten bis 2006 gezahlt. Damit sind die Zuschüsse, auf die in der Beschwerde Bezug genommen wird, Teil dieser jährlichen Zuschüsse.

Zahlung von 36 000 000 NOK für die Verbesserung, Modernisierung und Entwicklung von Produktionseinrichtungen

Im Rahmen ihrer Untersuchung erhielt die Behörde Kenntnis von der Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 36 000 000 NOK für den konkreten Zweck der Verbesserung der Infrastruktur der Produktionseinrichtungen. Der Gesamtbetrag wurde auf zwei Jahre verteilt, wobei im Jahr 1998 ein Betrag von 10 000 000 NOK und 1999 ein Betrag von 26 000 000 NOK gezahlt wurde. Dieser Zuschuss wurde aus einem anderen Haushaltsposten bezahlt als die zuvor gezahlten jährlichen Zuschüsse. Die Zuweisung erfolgte über den Abschnitt für Zuschüsse zugunsten von Gebäuden des nationalen Kulturhaushalts, wohingegen die jährlichen Zuschüsse aus den Haushaltsmitteln zur Filmförderung gezahlt wurden.

Bei der Behörde bestehen Zweifel, ob dieser Beitrag als Teil des bestehenden Beihilfesystems anzusehen ist oder ob es sich dabei um eine neue Beihilfemaßnahme handelte. Außerdem hegt die Behörde Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit einer derartigen Maßnahme mit dem EWR-Abkommen.

Steuerliche Vorteile einiger Unternehmen der Norsk-Filmgruppe

Einige Unternehmen der Norsk-Filmgruppe profitierten von einer steuerlich günstigen Regelung, wonach sie über eine bestimmte Anzahl von Jahren von der Körperschaftssteuer befreit waren.

Den Unternehmen Norsk Film AS, Norsk FilmStudio AS und ScanCam AS wurde Steuerbefreiung mit der Begründung gewährt, dass es sich um Unternehmen ohne Erwerbszweck handelte. Die Entscheidung, ob eine Einrichtung einem Erwerbszweck dient, treffen die Behörden auf der Grundlage einer Gesamtbewertung, in die verschiedene Gesichtspunkte einfließen: die Satzung der Einrichtung, die Finanzierungsform der Einrichtung, ob die Einrichtung öffentlichen oder privaten Interessen dient usw. Bis 1995 hatten die Norsk Film AS und die Norsk FilmStudio AS keine Sonderregelung beantragt, jedoch profitierten sie von 1995 bis 2001 von einer solchen Sonderregelung. Die ScanCam AS profitierte von 1998 bis 2000 von der steuerlich günstigen Regelung.

Die Behörde bezweifelt, dass die steuerlichen Sondervorschriften so, wie sie auf einige Unternehmen der Norsk-Filmgruppe angewandt wurden, nach den Bestimmungen über staatliche Beihilfen des EWR-Abkommens gerechtfertigt werden können.

Schlussfolgerung

In Anbetracht der vorstehenden Erwägungen hat die Behörde beschlossen, das förmliche Prüfverfahren gemäß Artikel 1 Absatz 2 des EWR-Abkommens zu eröffnen. Interessierte werden aufgefordert, ihre Stellungnahmen innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu übermitteln.

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION

No 491/09/COL

of 2. Dezember 2009

to initiate the procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement with regard to alleged State aid granted to companies belonging to the Norsk Film group

(Norway)

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY ⁽¹⁾,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽²⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as „the Authority“.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as „the EEA Agreement“.

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice⁽¹⁾, in particular to Article 24 thereof,

Having regard to Article 1(2) of Part I and Articles 4(4), 6 and 16 of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement⁽²⁾,

Having regard to the Authority's Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement⁽³⁾,

Having regard to the Authority's Decision of 14. Juli 2004 on the implementing provisions referred to under Article 27 of Part II of Protocol 3⁽⁴⁾,

Whereas:

I. FACTS

1. Procedure

By letter dated 23. März 2006 (Event No 368163), nine Norwegian film companies (The Chimney Pot Oslo AS, Dagslys AS, Egg & Bacon AS, Grip Teknikk AS, Bob Aas Carho ENK, Kamerautleien AS, Lydhodene AS, Megaphon AS and Krypton Film AS) (hereinafter collectively referred to as „the Complainants“) complained that the Norwegian authorities have awarded grants to Norsk FilmStudio AS. The Complainants claim that Norsk FilmStudio AS/Filmparken AS has benefited from the payment of annual grants from the Norwegian State for the years 2000-2005.

By letter dated 9. Juni 2006 (Event No 377607), the Authority requested additional information from the Norwegian authorities. By letter dated 11. August 2006 (Event No 383774), the Norwegian authorities replied to the information request.

By letter dated 19. Oktober 2006 (Event No 388927), the Authority requested further clarification. The Norwegian authorities provided the information by way of a letter dated 27. November 2006 (Event No 400048).

By letter dated 13. Februar 2007 (Event No 409688), the complainant informed the Authority of the existence of a report by PriceWaterhouseCoopers commissioned by the Norwegian Ministry of Culture and Church Affairs in 2006 regarding the State's continued ownership of Norsk FilmStudio AS and Filmparken AS.

By letter dated 20. Februar 2007 (Event No 410408), the Authority requested that the Norwegian authorities provide a copy of the report drawn by PriceWaterhouseCoopers. By letter dated 13. März 2007 (Event No 413540), the Norwegian authorities provided the Authority with supplementary information.

A third request for information was sent by the Authority on 27. März 2007 (Event No 412939). By letter dated 30. April 2007 (Event No 419437), the Norwegian authorities requested an extension of the deadline to answer until 19. Mai 2007 which was accepted by the Authority by way of a letter dated 2. Mai 2007 (Event No 419570).

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as „the Surveillance and Court Agreement“.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as „Protocol 3“.

⁽³⁾ Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the Authority on 19. Januar 1994, published in the *Official Journal of the European Union* (hereinafter referred to as „OJ“) OJ L 231, 3.9.1994, p. 1, and EEA Supplement No 32, 3.9.1994, p. 1). The updated version of the State Aid Guidelines is published on the Authority's website: (<http://www.efitasurv.int/state-aid/legal-framework/state-aid-guidelines/>).

⁽⁴⁾ Decision No 195/04/COL of 14. Juli 2004 published in OJ C 139, 25.5.2006, p. 57, and EEA Supplement No 26, 25.5.2006 p. 1 as amended by Decision No 319/05/COL of 14. Dezember 2005 published in OJ C 286, 23.11.2006, p. 9, and EEA Supplement No 57, 23.11.2006, p. 31.

A fourth request for information was sent to the Norwegian authorities on 16. Mai 2007 (Event No 421730).

By letter dated 18. Mai 2007 (Event No 422627), the Norwegian authorities provided the Authority with further information.

By letter dated 8. Juni 2007 (Event No 424512), the Norwegian authorities replied to the request for information which had been sent by the Authority on 16. Mai 2007.

By e-mail dated 8. Juni 2009, the Authority was informed that The Chimney Pot Oslo AS had merged with Norsk Film AS and consequently had withdrawn from the complaint ⁽¹⁾.

2. The Norsk Film group

Norsk Film AS was established in 1932 by the association of municipal cinemas. The company's film studio was opened in 1935. In the State budget for 1947, the Norwegian Government decided to take greater responsibility for film production. During the 1950s and 1960s, Norsk Film AS was faced with financial difficulties which lead to government interventions with grants to guarantee its further existence. After the company was declared bankrupt in the late 1960s, the government decided to assume full responsibility for the future of the company. Since 1974, the State has kept an ownership of 77,6 % of the shares in the company. Norsk Film AS served two purposes: to provide Norwegian feature film production with the necessary facilities and to produce Norwegian films.

ScanCam AS was founded in 1986 by Norsk Film AS and the newspaper VG (Verdens Gang) on the basis of the existing camera department of Norsk Film AS. On 31. Dezember 1998, the owner of Verdens Gang sold its 50 % stake in ScanCam AS to Norsk Film AS. From 1999, ScanCam AS continued as a subsidiary of Norsk FilmStudio AS.

Norsk Film AS had a wholly-owned subsidiary, Norsk FilmStudio AS which was founded in 1989. Until 1989, the studio and technical facilities were an integral division of Norsk Film AS. Norsk FilmStudio AS was founded in order to establish a clear-cut distinction between the company's role as a producer and its role of maintaining the infrastructure for film production (studio and technical facilities).

In 2001, the Norwegian Government reformed its film policy and a clearer distinction was made between the State's areas of responsibility and the responsibility of the private sector. Private production companies should have the responsibility for producing films. It was therefore proposed to sell the shares in Norsk Film AS. The State would maintain its responsibility for the studios as this part of the production process was considered not sustainable in market conditions. In 2001, Norsk Film AS was demerged into two separate companies: a company for film production, named Norsk Film AS and a company for infrastructure, named Filmparken AS. The remaining assets of the company stayed in Filmparken AS. Norsk FilmStudio AS continued as a wholly-owned subsidiary of Filmparken AS. On 25. Juni 2001, Norsk FilmStudio AS merged into Filmparken AS. The State sold its shares in the production company Norsk Film AS to a private production company called Diopter AS on 4. Januar 2002.

In 2002, Filmparken AS was renamed Norsk FilmStudio AS again.

In 2004, ScanCam AS merged into Norsk FilmStudio AS.

In 2005, Norsk FilmStudio AS was named Filmparken AS. Later that year, Norsk FilmStudio AS was founded as a subsidiary of Filmparken AS.

In 2009, Norsk FilmStudio AS and the Chimney Pot AS merged to become Storyline Studios AS. After the merger Filmparken AS owns 60 % of the business with 40 % left to the share holders of the prior The Chimney Pot AS.

⁽¹⁾ The Chimney Pot Oslo AS and Norsk FilmStudio AS have merged to become Storyline Studios AS.

Storyline Studios AS is a full spectre supplier of equipment and services to the film industry, providing film studios, grip and light, camera, post production, costumes, financing, office facilities, line production and film catalogues.

3. Issues under assessment

As part of its investigation, the Authority identified two issues in addition to the one raised by the Complainants. It will in the following examine the three following issues: the payment of the yearly grants (3.1), the payment in 1998 and 1999 of a grant of NOK 36 000 000 for the upgrading, modernisation and development of the production facilities (3.2) and the preferential tax treatment of some of the companies belonging to the Norsk Film group (3.3).

3.1. *Payment of yearly grants*

Following the complaint, the Authority has verified that grants have indeed been paid by the Norwegian authorities to Norsk FilmStudio AS/ Filmparken AS since the 1970s. Annual budgets for 1971–1972 refer to an „existing aid scheme“. The grants were paid by the Ministry of Culture and Church Affairs until 2006. Thus, the grants referred to in the complaint form part of those annual grants.

3.2. *Payment of the grant of NOK 36 000 000*

As part of its investigation the Authority was made aware of the payment of a grant of NOK 36 000 000 for the specific purpose of upgrading the infrastructure of the production facilities. The sum was allocated over a two-year period, with NOK 10 000 000 being paid in 1998 and NOK 26 000 000 in 1999. Such grant was paid from a budget different from that of the annual grants paid before. The grant was allocated over the national budget's section for grants to national cultural buildings whereas the yearly grants were paid out of the budget allocation to film funding.

3.3. *Preferential tax treatment*

From 1995 to 2001, Norsk Film AS and its subsidiary Norsk FilmStudio AS were granted a corporate tax exemption. ScanCam AS was not exempted from tax in the years 1994–1997 but was given a tax exemption from 1998–2001.

The Authority questioned the Norwegian authorities regarding the preferential tax regime as it was concerned that such regime may entail State aid.

4. Comments by the Norwegian authorities

The Norwegian authorities provided their comments by way of a letter dated 11. August 2006 (Event No 383774).

4.1. *Regarding the payment of NOK 36 000 000 for upgrading production facilities*

The Norwegian authorities indicated that neither film production nor studio facilities are areas of business which, left to the market alone, are viable in Norway. Until 2001, Norsk Film AS received annual grants from the government. Such grants made it possible for the company to serve its task as both a production company and to maintain a national infrastructure considered necessary for the production of feature films.

Until 2001, Norsk Film AS was given grants as a share of the national budget allocation to film funding. The funds made available were used to produce the company's own productions. After the reform of the Norwegian film policy in 2001 (see above, Section 2), the support to the production company lapsed whilst the support to ensure that the company could provide the necessary infrastructure for film production was maintained. The government reduced the support to a minimum, but until 2006, it was necessary to continue the grants in order to maintain the infrastructure. The Norwegian authorities argued that the NOK 36 000 000 support to infrastructure was therefore a part of the existing aid scheme.

In 2006, the annual grants were interrupted.

4.2. *Regarding the applicable favourable tax regime*

The Norwegian authorities have explained that Norsk Film AS and Norsk FilmStudio AS benefited from a tax exemption as from 1995. The exemption was based on the former Taxation Act No 8 of 18.8.1911, paragraph 26.1(k) (replaced by Act 1999-03-26-14) ⁽¹⁾.

Norsk Film AS, Norsk FilmStudio AS and ScanCam AS were granted a tax exemption based on the fact that the purpose of the companies was not to make profit.

When deciding if an institution has a non-profit purpose, the authorities make an overall evaluation taking into consideration several elements: the statutes of the institution, how the institution was funded, whether it served public or private interests, etc. Until 1995, Norsk Film AS and Norsk FilmStudio AS did not apply for the special regime. Following their applications they benefited from such a regime from 1995 until 2001.

In their evaluation, the tax authorities considered that the companies could benefit from the non-profit organisation status on the basis of the following elements: the statutes of Norsk Film AS which provide that its purpose is non-profit, the fact that 97,7 % of the shares were held by the State and local municipalities and that the company was funded essentially through state subsidies. The tax authorities furthermore indicated that the tax exemption was given under the proviso that a possible profit should be used in full to achieve the purpose of the company within the framework of being a non-profit undertaking. The subsidiary Norsk FilmStudio AS was regarded as an integrated part of Norsk Film AS' activity and covered by the same tax exemption. The Norwegian authorities have indicated that Norsk FilmStudio AS did not generate a profit in the years 1995–2001 and that consequently, the application of the favourable tax regime was without effect.

Norsk Film AS and Norsk FilmStudio AS merged in 2001. As from 2002, the companies were no longer funded by government subsidies and they carried out normal business activities. They were therefore considered as normal profit-making companies and consequently subject to standard corporate tax.

Before 1998, Norsk FilmStudio AS and Schibsted Film AS each owned 50 % of the shares in ScanCam AS. ScanCam AS was therefore not considered an integrated part of Norsk Film AS' business. From December 1998, ScanCam AS was 100 % owned by Norsk FilmStudio AS. After this change, the tax authorities considered that ScanCam AS was an integrated part of Norsk Film AS' activity and could therefore benefit from the same tax regime for the years 1998–2000.

The companies are now all subject to standard corporate tax ⁽²⁾.

II. ASSESSMENT

1. The presence of State aid

Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:

„Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.“

1.1. *Presence of State resources*

The aid measure must be granted by the State or through State resources.

⁽¹⁾ This regime provides exemption from corporate tax for so-called „ideal organisations“.

⁽²⁾ Norsk FilmStudio AS and Norsk Film AS merged in 2001, Norsk Film AS is now called Filmparken AS. Norsk FilmStudio AS was founded in 2005 as a subsidiary of Filmparken AS. Filmparken AS and Norsk FilmStudio AS are now subject to normal corporate taxation rules.

The payment of the yearly grants and of NOK 36000000 for infrastructure

The grants made until 2006 were paid by the Norwegian State. The yearly grants were paid by the Ministry of Culture and Church Affairs and the NOK 36 000 000 grant was paid from the State budget's section for grants to national cultural buildings. The Authority therefore considers that the condition that State resources must be involved is met.

The favourable tax regime

Norsk Film AS and its subsidiary Norsk FilmStudio AS were granted a tax exemption for the years 1995 to 2001. In a letter dated 18. März 1996, the Bærum Tax Office granted the tax exemption for the fiscal year 1995 on the proviso that a possible profit should be used in full to achieve the purpose of the company within the framework of being a non-profit company. ScanCam AS (the subsidiary renting cameras) was given a tax exemption from 1998–2001 on the same grounds.

As a result of the favourable tax regime, the State renounces tax revenue which it would normally have received from the undertakings concerned. The absence of these funds represents a burden on state resources from charges that are normally borne from the budgets of the undertakings concerned ⁽¹⁾.

A loss of tax revenue is equivalent to the consumption of State resources in the form of fiscal expenditure.

1.2. *Favouring certain undertakings or the production of certain goods*

Firstly, the measure must have conferred on Norsk FilmStudio AS/Filmparken AS/ScanCam AS advantages that relieved them of charges that are normally borne from their budget. The grant and the preferential tax regime gave the beneficiaries a financial benefit they would not have enjoyed in the normal course of business. It thus strengthened the financial position of Norsk FilmStudio AS/Filmparken AS/ScanCam AS compared with the other undertakings active in the production of films within the EEA.

Secondly, the aid measure must be selective in that it favours „certain undertakings or the production of certain goods“.

The Authority considers that the payment of the yearly grants and of the amount of NOK 36 000 000 for the upgrading of the studio facilities is selective as the beneficiary is expressly designated.

Regarding the preferential tax treatment some of the companies belonging to the Norsk Film group have benefited from, the Authority recognises that the European Court of Justice and the EFTA Court have consistently held that measures granting advantages to certain recipients are not selective if they can be justified by the nature and general scheme of the system of which they are part ⁽²⁾. Indeed, the Authority's Guidelines on the application of State aid rules to measures relating to direct business taxation provide specifically that „obviously, profit cannot be levied if no profit is earned. It may thus be justified by the nature of the tax system that non-profit-making undertakings, for example foundations or associations, are specifically exempt from the taxes on profits if they cannot actually earn any profits“ ⁽³⁾ (emphasis added). For a selective measure to be justified by the logic of a system there has to be a general system to which it relates. According to the information available to the Authority, it is not clear whether the non-taxation of the revenues of companies belonging to the Norsk Film group are justified by the nature and general scheme of the corporate tax system which object is precisely taxation of income.

The Authority is in doubt regarding the justification based on the fact that the purpose of the company was to not make profit. Indeed, it appears that, even though the primary object of the companies belonging to the Norsk Film group benefiting from the favourable regime was of a cultural nature, some of the companies did generate a profit and were carrying out an economic activity in competition with other economic operators.

⁽¹⁾ Case C-156/98 *Germany v Commission*, [2000] ECR I-6857, paragraph 26.

⁽²⁾ Case C-143/99 *Adria-Wien pipeline GmbH and Wietersdorfer & Peggauer Zementwerke GmbH* [2001] ECR I 8365, paragraph 42 and the judgment of the EFTA Court in the joined Cases E-5/04, E-6/04 and E-7/04 *Fesil and Finnford and others v EFTA Surveillance Authority*, [2005] EFTA Court Report, page 117, paragraph 77.

⁽³⁾ Chapter of the Authority's State Aid Guidelines on the application of State aid rules to measures relating to direct business taxation, Section 3.4, para. 3.

Furthermore, the Authority is also in doubt as to whether, regarding the application of an existing system of aid, the fact that companies may decide whether to apply for such a preferential regime has a bearing on the classification as new or existing aid. Even though the law allowing for such a preferential tax treatment pre-dates the entry into force of the EEA Agreement, the actual decision to apply the preferential regime was made after, following the company's application in 1995.

1.3. Distortion of competition and effect on trade between Contracting Parties

State aid to specific undertakings is regarded as distorting competition and affecting trade between the Contracting Parties if the recipient firm carries on an economic activity involving trade between the Contracting Parties. Cinema films may be produced in alternative locations within the EEA. They are subsequently traded between the Contracting Parties to the EEA Agreement. Support to an undertaking producing feature films and providing studio services may therefore alter the competition existing between different locations for the realisation of films. Therefore the measure under scrutiny may be considered as distorting competition and affecting trade between the Contracting Parties.

1.4. Conclusion on the presence of State aid

The Authority consequently considers that the measures under scrutiny may involve aid.

2. Procedural requirements

Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3, „the EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. ... The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision“.

The Authority notes that none of the measures referred to above in Part I, Section 3 of this decision were notified by the Norwegian authorities.

The Authority, however, considers that the yearly payments made by the Norwegian State since the 1970s to Norsk FilmStudio AS/Filmparken AS for the production of feature films and to maintain an infrastructure necessary for the production of films were based on an existing system of aid. The Authority considers that in this case, where regular payments were consistently made over a very long period of time, the practice shows that State support was an essential element in the financing of the company. The Authority considers on that basis that the annual grants were made under an existing system of State aid within the meaning of Article 62 EEA. The Authority furthermore considers that none of the changes that have taken place over the years are such as to change the classification from existing aid into new aid. The Norwegian authorities have confirmed that they have put an end to such payments in 2006. The Authority takes note of the termination of these yearly payments made by the Norwegian State until 2006 and will not investigate this issue further.

Neither measures referred to above in Part I, Section 3.2 and Section 3.3 of this decision were notified by the Norwegian authorities. The Authority has doubts with regard to their classification as existing aid. In the event the measures constitute new aid, the Authority would conclude that the Norwegian authorities have not respected their respective obligations pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3.

3. Compatibility of the aid

Consequently, the Authority will review the compatibility of the ad hoc grant of NOK 36 000 000 (3.1) and of the preferential tax regime some companies belonging to the Norsk Film group have benefited from (3.2).

3.1. Payment of the grant of NOK 36 000 000

The Norwegian authorities have indicated that in 1997, the Norwegian Parliament decided to grant NOK 36 000 000 to Norsk Film AS for the upgrading, modernisation and development of the production facilities called „Filmparken“. The grant was allocated over the national budget's section for grants to national cultural buildings. The sum was allocated over a two-year period, NOK 10 000 000 being paid in 1998 and the remaining NOK 26 000 000 in 1999. The grant partly covered the modernisation and upgrading of the studio facilities and partly the development of new administration facilities.

The Norwegian authorities have argued that the payment of such aid did not constitute a separate aid but was part of a general aid scheme. Thus, payments that were made since the 1970s always included an investment part and an operating part. The only difference was that in 1998 and 1999 the portion of the grant allocated to investment aid was actually clearly identified.

The Authority has taken note that as the payment of the grant of NOK 36 000 000 was based on a different budget allocation and the specific amount was singled out for a specific aim (renovation of the jar site), this may amount to new aid. For this reason, it has doubts as to whether this contribution formed part of the existing system of aid or whether it constituted a new aid measure.

The Authority has moreover doubts regarding the compatibility of such measure and invites the Norwegian authorities to provide additional information regarding this aspect.

3.2. *Preferential tax treatment*

Companies belonging to the Norsk Film group benefited from the favourable tax regime whereby they were exempted from paying corporate tax for certain years. The Authority is in doubt whether the application of the exemption from corporate tax based on the logic of exemption for non-profit organisations may justify the tax exemption in the case of the companies belonging to the Norsk Film Group.

Support measures caught by Article 61(1) of the EEA Agreement are generally incompatible with the functioning of the EEA Agreement, unless they qualify for a derogation in Article 61(2) or (3) of the EEA Agreement. The derogation of Article 61(2) is not applicable to the aid in question, which is not designed to achieve any of the aims listed in this provision. Nor does Article 61(3)(a) or Article 61(3)(b) of the EEA Agreement appear to apply to the case at hand.

The aid in question reduces the costs the companies would normally have to bear in the course of pursuing their day-to-day business activities and is consequently to be classified as operating aid. Operating aid is normally not considered suitable to facilitate the development of certain economic activities or of certain regions as provided for in Article 61(3)(c) of the EEA Agreement. Operating aid is only allowed under special circumstances, and, in particular, in situations where the criteria provided for in the Authority's Guidelines are met (e.g. for certain types of environmental or regional aid). However, none of these Guidelines seem to apply to the aid in question.

The Authority therefore doubts that the special tax rules as applied to some of the companies belonging to the Norsk film group can be justified under the State aid provisions of the EEA Agreement.

4. **Conclusion**

Based on the information submitted by the Norwegian authorities, the Authority cannot exclude the possibility that the aid measures referred to above in Part II, Sections 3.1 and 3.2 of this decision constitute aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. Furthermore, the Authority has doubts that these measures can be regarded as complying with Article 61(3)(c) of the EEA Agreement. The Authority thus doubts that the above measures are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

Consequently, and in accordance with Article 4(4) of Part II of Protocol 3, the Authority is obliged to open the procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures in question are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

In light of the foregoing considerations, the Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Norwegian authorities to submit their comments within one month of the date of receipt of this Decision.

Moreover, the Authority requests the Norwegian authorities, within one month of receipt of this decision, to provide all documents, information and data needed for the assessment of the compatibility of the two measures examined here above.

The Norwegian authorities are invited to forward a copy of this decision to the potential aid recipient of the aid immediately.

The Authority would like to remind the Norwegian authorities that, according to the provisions of Protocol 3, any incompatible aid unlawfully put at the disposal of the beneficiaries will have to be recovered, unless this recovery would be contrary to the general principal of law,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Artikel 1

The EFTA Surveillance Authority has decided to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 against Norway regarding (i) the payment of an ad hoc aid of NOK 36 000 000 to Norsk Film AS for the upgrading of infrastructure and (ii) the application of the preferential tax treatment to Norsk Film AS, Norsk FilmStudio AS and ScanCam AS.

Artikel 2

The Norwegian authorities are invited, pursuant to Article 6(1) of Part II of Protocol 3, to submit their comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this Decision.

Artikel 3

The Norwegian authorities are requested to provide within one month from notification of this Decision, all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the aid measure.

Artikel 4

This Decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Artikel 5

Only the English version is authentic.

Done at Brussels, 2. Dezember 2009.

For the EFTA Surveillance Authority

Per SANDERUD
President

Kristján Andri STEFÁNSSON
College Member

Keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 EWR-Abkommen

(2010/C 174/05)

Die EFTA-Überwachungsbehörde erhebt keine Einwände gegen folgende staatliche Beihilfemaßnahme:

Datum der Annahme des Beschlusses:	16. Dezember 2009
Beihilfe-Nr.:	66126
EFTA-Staat:	Norwegen
Titel:	Norwegischer Energiefonds
Rechtsgrundlage:	Vorschlag des Parlaments Nr. 1 (2007-2008) und Vorschlag des Parlaments Nr. 37 (2008-2009)
Zielsetzung:	Erhöhung des Angebots von Wärme und Energie aus erneuerbaren Energiequellen. Beitrag zu Energieeinsparungen
Form der Beihilfe:	Finanzhilfen
Haushaltsmittel:	Ca. 2 516 Mio. NOK
Laufzeit:	Bis Ende 2010
Wirtschaftssektoren:	Energie, Elektrizität
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:	Enova SF Professor Brochsgt. 2 7030 Trondheim NORWAY

Die um vertrauliche Passagen bereinigte rechtsverbindliche Sprachfassung des Beschlusses ist unter der Internet-Adresse der EFTA-Überwachungsbehörde abrufbar:

<http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/>

Bekanntmachung der EFTA-Überwachungsbehörde über bei Beihilfe-Rückforderungen angewandte Zinssätze sowie Referenz- und Abzinsungssätze für drei EFTA-Staaten ab 1. Januar 2010

(Veröffentlicht in Übereinstimmung mit Artikel 10 des Beschlusses Nr. 195/04/KOL der Überwachungsbehörde vom 14. Juli 2004 (ABl. L 139 vom 25.5.2006, S. 37 und EWR-Beilage Nr. 26/2006 vom 25.5.2006, S. 1))

(2010/C 174/06)

Die Basissätze werden gemäß dem Kapitel über die Methode zur Festlegung der Referenz- und Abzinsungssätze der Leitlinien für staatliche Beihilfen der Überwachungsbehörde in der durch den Beschluss Nr. 788/08/KOL der Überwachungsbehörde vom 17. Dezember 2008 geänderten Fassung berechnet. Zur Ermittlung des geltenden Referenzzinssatzes sind entsprechende Margen gemäß den Leitlinien für staatliche Beihilfen hinzuzufügen. Für den Abzinsungssatz bedeutet dies, dass die entsprechende Marge von 100 Basispunkten zum Basissatz zu addieren ist. Der Rückforderungszinssatz wird im Normalfall ebenfalls durch Addition von 100 Basispunkten zum Basissatz, wie im Beschluss Nr. 789/08/KOL der Überwachungsbehörde vom 17. Dezember 2008 zur Änderung des Beschlusses Nr. 195/04/KOL der Überwachungsbehörde vom 14. Juli 2004 (veröffentlicht im ABl. L 139 vom 25.5.2006, S. 37 und in der EWR-Beilage Nr. 26/2006 vom 25.5.2006, S. 1) vorgesehen, berechnet.

	Island	Liechtenstein	Norwegen
1.1.2010-	6,79	0,69	3,04

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER
WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache COMP/M.5848 — Delta/Eneco/PVNED)

Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 174/07)

1. Am 25. Juni 2010 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004⁽¹⁾ des Rates bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen DELTA Energy B.V. („DE“, Niederlande), das der Unternehmensgruppe DELTA N.V. („DELTA“, Niederlande) angehört, und das Unternehmen Eneco Energy Trade B.V. („EET“, Niederlande), das der Unternehmensgruppe Eneco Holding N.V. („Eneco“, Niederlande) angehört, erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der EG-Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das Unternehmen PVNED B.V. („PVNED“, Niederlande), indem sie PVNED so umstrukturieren, dass es zu einem Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen wird.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- DE/DELTA: Erbringung verschiedener Versorgungsleistungen, u. a. im Strom- und Erdgassektor,
- EET/Eneco: Erbringung verschiedener Versorgungsleistungen, u. a. im Strom- und Erdgassektor,
- PVNED: Bereitstellung von Programmen für den Ausgleich von Strommengenabweichungen in den Niederlanden und in Belgien.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte⁽²⁾ in Frage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5848 — Delta/Eneco/PVNED per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

⁽²⁾ ABl. C 56 vom 5.3.2005, S. 32 („Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren“).

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.5830 — Olympic/Aegean Airlines)
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2010/C 174/08)

1. Am 24. Juni 2010 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Unternehmen Vassilakis Group of companies („Vassilakis“, Griechenland), Marfin Investment Group („Marfin“, Griechenland) und Laskaridis Group of companies („Laskaridis“, Griechenland) erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die gemeinsame Kontrolle über ein neu zusammengeschlossenes Unternehmen, das die Geschäftsbereiche der vormals unabhängigen griechischen Unternehmen Aegean Airlines S.A. („Aegean Airlines“, Griechenland), Olympic Air S.A. („Olympic Air“, Griechenland), Olympic Handling S.A. („Olympic Handling“, Griechenland) und Olympic Engineering S.A. („Olympic Engineering“, Griechenland) (zusammen „Olympic“ genannt, Griechenland) umfasst.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Vassilakis: Investitionen in Autovermietung, Auto-Leasing, Autoimporte und Autovertrieb, Ground Handling und Aviation (über Aegean Airlines),
- Marfin: Investitionen in Lebensmittel und Getränke, Schifffahrt (insbesondere über die Attica Group, die Eigentümerin von Superfast Ferries und Blue Star Ferries), Luftverkehr (über Olympic Air), Ground Handling (über Olympic Handling), Wartung, Reparatur und Überholung (MRO) (über Olympic Engineering), Gesundheitsdienste, Immobilien, IT und Telekommunikation, Tourismus und Freizeit sowie Finanzdienstleistungen,
- Laskaridis: Investitionen in Aviation (Aegean Airlines), Ground Handling, Schifffahrt und Werften, Tourismus und Immobilien,
- Aegean Airlines: Passagierluftverkehr und Luftfrachtverkehr,
- Olympic: Passagierluftverkehr und Luftfrachtverkehr, Ground Handling sowie Wartung, Reparatur und Überholung (MRO).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5830 — Olympic/Aegean Airlines per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

(1) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

Abonnementpreise 2010 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papierausgabe + jährliche CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, CD-ROM, 2 Ausgaben pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen CD-ROM.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Im Laufe des Jahres 2010 wird das Format CD-ROM durch das Format DVD ersetzt.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>

